Nummer 393

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 74. Jahrgang. Donnerstag, 23. August 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Praxis des Wirtschaftsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst und Wissenschaft: Hans Höppen. Lokales und Sport: Herbert Reviner. Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche sechsmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Wie man in England Kelloggs Fernbleiben entschuldigt.

EP **London**, 22. August.

Zu den Berichten, daß Staatssekretär Kellogg seinen Besuch in London aufgegeben hat, gibt die zuständige Stelle folgende Auffassung aus: Bisher seien niemals endgültige Pläne für seinen Besuch in London gemacht worden. Man habe anscheinend es für sicher angesehen, daß er nach London kommen werde, aber, soweit bekannt, stütze sich diese Annahme darauf, daß Kellogg nach Frankreich und Irland ginge und späterhin von Southampton abfahren werde. Sollte Kellog wirklich die Absicht gehabt haben, London zu berühren, so hätte der Besuch jedoch in keiner Weise als offiziell angesehen werden dürfen. Er würde also einen vollständig anderen Charakter gehabt haben und sich wesentlich von seinem Aufenthalt in Dublin unterscheiden, der eine offizielle Beantwortung des Besuches des Präsidenten Cosgrave in Washington darstellt. Der amerikanische Staatssekretär beabsichtige nicht, seine Abwesenheit von Washington im gegenwärtigen Augenblick zu verlängern, da Präsident Coolidge abwesend sei und der Wahlkampf in vollem Gange wäre. Es stünde bisher nur fest, daß Kellogg an Bord des „Berwickan" von Southampton am 4. September abfahren werde, um sich nach Amerika zurückzugeben.

Der wahre Grund.

EP **London**, 22. August.

Die englische Presse setzt ihre Angriffe auf das Foreign Office wegen der Geheimhaltung des englisch-französischen Marineabkommens fort. „Evening Standard" sagt, daß die halbamtliche französische Veröffentlichung die Vermutungen nicht zerstreut hätte, wonach das französisch-englische Abkommen für beide Teile bindend bleiben solle, auch wenn die anderen Mächte es ablehnen sollten, oder aber einen Plan für Zusammenarbeit zur See enthalten. Die Presse sei mit einer halboffiziellen Erklärung noch nicht beehrt worden. Es sei höchste Zeit, daß das Foreign Office den Ernst der Lage verstünde, denn die Ungewißheit erzeuge nur Argwohn und Beunruhigung, die man aber gerade in den Beziehungen zu Amerika vermeiden müsse.

Die amtlichen Stellen versichern wiederum, daß sich an das Marineabkommen keine geheimen Klauseln oder Vorbehalte irgendwelcher Art knüpfen. Das Abkommen in der Form, wie es verschiedenen interessierten Regierungen zugestellt worden sei, schließe alles ein, worüber man sich verständigt habe.

Paris bereitet sich vor.

TU **Paris**, 22. August.

Mit großer Spannung wird dem am Donnerstag unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue im Elysée zusammentretenden Ministerrat entgegengesehen. Die Abendblätter bringen in großer Aufmachung nähere Angaben über das Programm. Dem „Intransigeant" zufolge wird als erster Punkt der Tagesordnung die Frage besprochen werden, ob Deutschland als erste Macht den Kelloggpakt unterzeichnen soll, das dem französischen Alphabet nach an erster Stelle steht. Hier wird sich eine eingehende Unterhaltung über die Zeremonien der Vertragsunterzeichnung und die diplomatischen Besprechungen zwischen den verschiedenen Staatsmännern anschließen. Der Ministerrat wird, so erklärt der „Intransigeant", alle nur möglichen Gesprächsthemata in Erwägung ziehen, um für alle Eventualitäten präpariert zu sein. So viel stehe fest, daß Staatssekretär Kellogg auf dessen ausdrücklichen Wunsch weder über die Schuldenfrage, noch über die Abänderung des Dawesplanes und die Rheinlandräumung gesprochen werden solle. Dagegen würde der amerikanische Staatssekretär sicherlich den Wunsch hegen, genauere Angaben über das englisch-französische Seeabkommen zu erhalten, die ihm von französischer Seite bereitwillig gegeben werden würden. Da Dr. Stresemann aller Wahrscheinlichkeit nach die Frage der Rheinlandräumung anschneiden würde, gelte es, auch hierzu im Ministerrat Stellung zu nehmen. Stresemann könne die Rheinlandräumung sowohl mit Poincaré als auch mit Briand in privaten Unterhaltungen berühren. Naturgemäß werde Briand die Aufgabe zufallen, seinen Kollegen eine ausführliche Uebersicht über den Stand der deutsch-französischen Beziehungen zu geben. Das Blatt fragt sich, ob Stresemann nur die Räumung der zweiten Zone verlangen werde oder ob die des gesamten besetzten Gebietes. Es nimmt an, daß die Besprechungen über die Räumungsfrage zwischen Briand und Stresemann in Genf fortgesetzt werden würden. Als letzter Punkt der Tagesordnung sei die bevorstehende Genfer Völkerbundstagung erwähnt.

Fährt Stresemann nach Genf?

Aerztliche Untersuchung des Außenministers.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird Dr. Stresemann am Donnerstag von verschiedenen Spezialärzten eingehend auf seinen Gesundheitszustand untersucht werden. Durch die Untersuchung soll festgestellt werden, ob der Reichsaußenminister trotz der anstrengenden Karlsbader Kur in der Lage sein wird, nach seiner Pariser Reise noch an der Septembertagung des Völkerbundes teilzunehmen oder ob mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand seine Anwesenheit wesentlich verkürzt oder ganz unterbleiben soll.

Panzerkreuzer und Krisenfürsorge.

Eine merkwürdige Verquickung.

Wie wir in unserem gestrigen Abendblatt mitteilten, hat das Kabinett beschlossen, in der seit längerer Zeit erörterten Frage der Krisenfürsorge von einer Zwischenlösung abzusehen und die Verlängerung der Unterstützungsdauer auf 80 Wochen mit Wirkung vom 17. September in Kraft zu setzen. Dieser rasch erfolgte Beschluß hat, wie leider so manche Beschlüsse, die tief in das Wirtschaftsleben und die Sozialpolitik eingreifen, einen parteipolitischen Hintergrund. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder, an der Spitze der Reichskanzler, haben durch ihre Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers eine schwere Einbuße an Prestige in ihrer Partei erlitten, sie haben, wie der Abgeordnete Künstler ja vorgestern in der Versammlung der Berliner SPD.-Funktionäre festgestellt hat, eine Vertrauenskrise in der Partei herbeigeführt. Um das Vertrauen der Wähler zu ihren Führern, der verhetzten Sozialdemokraten zu den sozialdemokratischen Ministern wiederherzustellen, wurde rasch die Parole ausgegeben: Auswetzung der Panzerkreuzer-Scharte durch Eroberungen auf sozialpolitischem Gebiete. Künder dieser Parole war der Gewerkschaftsführer Aufhäuser. Er brachte einen wohlassortierten Wunschzettel in dieser Beziehung mit, an dessen Spitze die Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge stand. Mit Konzessionen auf sozialpolitischem Gebiete soll — wie immer auf Kosten der Wirtschaft — die Erregung der sozialdemokratischen Wählermassen beschwichtigt werden.

Die Gefahren dieser „Politik" sind schon bei dieser ersten, vom Kabinett beschlossenen Maßnahme besonders sinnfällig. Es ist eine für unsere Zeit zwar charakteristische, aber ebenso anfechtbare Methode, Fragen der reinen Parteipolitik mit Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verbinden. Was in aller Welt hat der Bau des Panzerkreuzers mit Wirtschafts- und Sozialpolitik zu tun? Warum müssen die Minister einer Partei, die im alten Reichstage die Verlängerung der Krisenfürsorge ablehnte, jetzt für die Verlängerung der Unterstützungsdauer stimmen? Ist das sachliche Sozialpolitik? Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das Reichsarbeitsministerium selbst haben in der letzten Zeit Gelegenheit gehabt festzustellen, daß eine hemmungslose Ausdehnung der Krisenfürsorge schwere Bedenken wecken muß — Bedenken, denen gegenüber sich übrigens, wie wir zu wissen glauben, auch der jetzige sozialdemokratische Reichsarbeitsminister bei dem gestern behandelten Thema nicht verschließen konnte. Eine Sozialpolitik, die sich auf der Linie des gestrigen Kabinettsbeschlusses hält, trägt nicht dazu bei, die Erwerbslosen anzuhalten, sich selbst um Arbeit zu bemühen. Es kommt hinzu, daß nach Ansicht der maßgeblichen Wirtschaftskreise schon für die Finanzierung der bisherigen Bestimmungen über die Krisenfürsorge im Etat nicht hinreichend Mittel vorhanden waren. Die Lage der Reichsfinanzen im ersten Etatsquartal ist nicht günstig. Woher will man das Geld nehmen, das beschafft werden muß, um die Mittel für die gestern beschlossene Ausdehnung der Krisenfürsorge zu beschaffen?

Die deutsche Wirtschaft hat immer die Lasten einer übersteigerten Sozialpolitik zu tragen gehabt. Nach dem gestrigen Kabinettsbeschluß muß sie auch den Preis bezahlen, den die von ihrer Partei desavouierten sozialdemokratischen Minister für ihre Zustimmung zum Panzerkreuzerbau fordern!

Koch und Dietrich verteidigen sich.

Ebenso wie die sozialdemokratischen, sind auch die demokratischen Reichsminister wegen ihrer Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers angefeindet worden — die letzteren allerdings nur in einem Teil ihrer Presse, und zwar in der auf diesem Gebiete bewährten Berliner linksdemokratischen Presse. Die demokratischen Minister halten es deshalb für notwendig, sich offiziös im demokratischen Zeitungsdienst zu verteidigen. Sie stellen fest, daß sich ihre Minung über die Unerwünschtheit und die Unzweckmäßigkeit des Baues des Kriegsschiffes nicht geändert habe. Sie legen aber dar, daß ein Widerstand gegen den Bau des Kriegsschiffes zur Sprengung des Kabinetts geführt hätte. Dies wäre bei der jetzigen politischen Lage unopportun gewesen, da es wichtiger sei, jetzt die Koalition aufrecht zu erhalten, als auf Prinzipien zu bestehen. Die demokratischen Minister erklären sich bereit, diesen ihren Standpunkt vor den Parteiinstanzen zu vertreten.

Wir bezweifeln, ob es den Herren Koch und Dietrich gelingt, mit diesen Argumenten den Zorn der Apostrophierten zu dämpfen. Vielleicht haben die Herren früher selbst den Panzerkreuzer mit soviel Begeisterung bekämpft, daß man ihnen jetzt ihre taktische Zustimmung zum Bau des Schiffes nicht verzeihen zu können glaubt . . .

Feuerkampf in den Straßen Rigas.

Moskau die Hand im Spiele.

TU **Riga**, 22. August.

Anläßlich der bevorstehenden Verkündigung des endgültigen Gerichtsurteils in Sachen der Schließung der linken Gewerkschaften ist es am Mittwoch in Riga zu ernsten Unruhen gekommen. Die unabhängigen Sozialdemokraten hatten den Generalstreik angesagt, dem jedoch nur etwa 3000 Arbeiter, darunter auch die Hafenarbeiter, Folge leisteten. Am vormittag versammelten sich in der Umgebung des Gerichtsgebäudes große Arbeitermassen. Gleichzeitig versuchte ein geschlossener Haufe mit roten Fahnen unter Absingung der Internationale durch die polizeilichen Absperrungen zum Gerichtsgebäude vorzudringen. Berittene Polizei mußte eingreifen. Erst nach erbittertem Kampf gelang es, die Menge auseinander zu bringen. An einer anderen Stelle kam es zu einem Feuergefecht. — Gegen Abend war die Ruhe wiederhergestellt. Etwa 400 Verhaftungen sind vorgenommen worden. Wie sich aus Schriftstücken ergibt, die bei verhafteten Führern der Bewegung beschlagnahmt wurden, sind die Vorbereitungen zum Generalstreik im Einvernehmen mit der Moskauer Internationale erfolgt.

Der Innenminister und der Ministerpräsident haben die Bevölkerung aufgefordert, völlige Ruhe zu bewahren. Weitere Versuche zur Unruhestiftung würden im Keime erstickt werden. Die Regierung habe genügend Mittel in der Hand, um Herr der Lage zu bleiben. Es handele sich um Wahlmanöver der Linksparteien. Die Schuldigen würden streng bestraft werden.

Das Gericht hat fürs erste beschlossen, die abschließende Verhandlung über die Auflösung der linken Gewerkschaften auf Anfang September zu vertagen.

Polnische Provokationen an der litauischen Grenze.

Feuergefecht zwischen Grenzwachen.

Kowno, 22. August.

An der Demarkationslinie im Grenzbezirk des Kreises Trakini feuerten, einer Blättermeldung zufolge, am 20. August polnische Soldaten aus einem Versteck auf den litauischen Grenzpolizisten. Am Abend desselben Tages wurde von polnischen Soldaten ein anderer litauischer Grenzposten beschossen. In der darauffolgenden Nacht kam es sodann zu einem regelrechten Feuergefecht zwischen den polnischen und litauischen Grenzpolizisten. Die Polen überfielen die litauische Grenzwache, die sich vor der polnischen Uebermacht zurückziehen mußte. Als am Morgen die litauische Grenzwache Verstärkungen erhalten hatte und wieder zur Demarkationslinie vordrang, hatten sich die Polen zurückgezogen. Vor ihrem Rückzug hatten sie einen Grenzpfahl weit in das litauische Gebiet hineingerückt. Der Pfahl wurde an die alte Stelle gebracht.

— **Mundi Corpus Summorum.** Dieser Tage ist der erste Band des „Mundi Corpus summorum" erschienen, der eine Beschreibung aller Geldsysteme enthält. Der erste Band befaßt sich mit den Geldsystemen Italiens, der Schweiz, Frankreichs und Belgiens.

Das österreichische Problem in Genf.

Seipel fährt zum Völkerbund.

Von

Austriacus.

Zum erstenmal seit fünf Jahren begibt sich der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel zur Völkerbundstagung nach Genf. Kein Zweifel, daß die Reise des Bundeskanzlers ihren tieferen Sinn hat. Dr. Seipel ist kein Statist wie manche seiner Ministerkollegen, die die Herbstsaison an den Ufern des Lac Leman verbringen, weil das einmal zum guten Ton des internationalen Pazifismus gehört. Obwohl Oesterreich mit dem Völkerbund viel inniger verknüpft ist, als vielleicht alle anderen Staaten Europas, hat sich der Mann, der die Geschicke dieses Landes leitet, immer wieder strengste Zurückhaltung auferlegt, was die Gesellschaft der Nationen betrifft. Vielleicht übrigens gerade weil Oesterreich mit dem Völkerbund so innig verknüpft ist und nicht: obwohl . . .

Erfreuliche Bande sind es ja nicht. Die Anleihe, die der Völkerbund zur Sanierung der österreichischen Währung und Wirtschaft zur Verfügung stellte, ließ er sich nicht nur sehr anständig verzinsen, sondern auch durch strenge Verpflichtungen zu politischem Wohlverhalten bezahlen. Es bleibt Dr. Seipels historisches Verdienst, daß er diese unpopulären und unbequemen Verpflichtungen auf sich nahm, trotzdem es ihm und aller Welt klar war, daß sie der endgültigen Lösung der österreichischen Dauerkrise entgegen wirken müßten. Im Inflations- und Zusammenbruchsjahr 1923 konnte es aber nicht um letzte, sondern günstigstenfalls um vorletzte Lösungen gehen. Nicht die grundlegende Veränderung der europäischen Kräfteverhältnisse, sondern die Rettung des ausgeblutenden österreichischen Staatswesens aus der Not des Alltags — das war hier die Frage. Dr. Seipel unterzeichnete die bekannten Genfer Protokolle und hat die Last, die sie politisch und wirtschaftlich bedeuten, nun, ein Lustrum hindurch, bis zum bitteren Ende getragen. Nun ist aber die Zeit der schwersten Verpflichtungen für Oesterreich wirklich zu Ende. Der Treuhänder der Trustees, der das Erbe des allmächtigen Finanzberaters Dr. Zimmermann angetreten hatte, hat seine Mission erfüllt. Die Militärkontrolle, die groteskerweise über das vollständig wehrlose Oesterreich am allerlängsten ausgeübt worden war, ist aufgehoben worden. Der Staat hat, wenigstens formell, seine Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit wieder. Und so kann Dr. Seipel sich, endlich als Gleichberechtigter und nicht immer als Almosenempfänger, an den Genfer Verhandlungstisch setzen.

Der Bundeskanzler kommt mit einem fest umrissenen Programm: er will die kreditpolitische Freiheit Oesterreichs erkämpfen, die die fundamentalste Voraussetzung für das Ende des „österreichischen Jammers" ist. Bisher liegen die Dinge so, daß Oesterreich zur Aufnahme einer Anleihe, deren seine Wirtschaft dringender denn je bedarf, der Zustimmung einer ganzen Reihe von internationalen Ausschüssen und Instanzen bedarf — und diese Zustimmung nicht erhält, wenn irgendeinem Staat, der, sei es in der Botschafterkonferenz, sei es in der Reparationskommission, sei es im Gläubiger-Komitee, vertreten ist, die Haltung Oesterreichs in irgendeiner Frage nicht genehm erscheint. So scheiterte vor kurzem erst die bereits zugesicherte und in Rechnung gestellte Investitionsanleihe am Widerspruch Mussolinis, der sich in dieser wenig großzügigen Art für die Innsbrucker Flaggendemonstration rächte. Natürlich ist dieser Zustand auf die Dauer nicht nur für Oesterreich, sondern für ganz Europa, soweit es wahre Befriedung wünscht, vollständig unerträglich. Oesterreich ist fest entschlossen, seine sogenannten Reliefschulden, also die Schulden für die in den Hungerjahren der ersten Nachkriegszeit erhaltenen Lebensmittel, auf Heller und Pfennig zu bezahlen. Es besteht bereits ein Plan, der die Abzahlung dieser Schulden in erträglichen Fristen vorsieht und der die, vorläufig inoffi-